

# Malta

## Heinz-Jürgen Axt

Seit 1998 waren die Konservativen von der Nationalistischen Partei (Partit Nazzjonalista, PN) die Garanten für einen proeuropäischen Kurs Maltas. Die Sozialisten (Labour Party, PL) standen mit der EU lange auf Kriegsfuß und wollten sich eher an Nordafrika und hier an Libyen anlehnen. Erst nachdem 2003 die Volksabstimmung auf Malta ein positives Votum zum EU-Beitritt erbrachte, schwenkten auch die Sozialisten auf den EU-Kurs ein. Die Vorherrschaft der Nationalisten scheint mittlerweile aber gefährdet. Darauf deuten die letzten Parlamentswahlen vom 28. Februar 2008 hin. Hatte die PN im April 2003 noch 51,8 Prozent der Stimmen und damit 35 von 65 Mandaten erhalten, so musste sie sich 2008 mit 49,3 Prozent zufriedengeben. Die Zahl der Mandate blieb gleich, doch erhöhte sich die Gesamtzahl der Parlamentarier auf 69. Weil die Sozialisten 34 Mandate gewinnen konnten, hat die regierende PN nur noch einen Vorsprung von einem Mandat. Ministerpräsident Lawrence Gonzi kann zwar weiter die Geschicke der Insel bestimmen, aber lediglich gestützt von einer schwachen parlamentarischen Mehrheit. Der Wahlsieg war für Gonzi freilich auch deshalb bedeutsam, weil er sich damit auch von der Öffentlichkeit als Vorsitzender der PN bestätigt sehen konnte. Gonzi hatte Edward Fenech Adami als Parteiführer abgelöst, der jetzt als Präsident fungiert. 2003 lagen die Sozialisten bei 47,5 Prozent und 30 Parlamentssitzen. Sie steigerten sich 2008 auf 48,8 Prozent.<sup>1</sup> Im Wahlkampf verzichtete der Führer der Sozialisten Alfred Sant auf eine Pauschalkritik an der EU und äußerte sich lediglich hinsichtlich einzelner Aspekte kritisch.<sup>2</sup> Wie bereits erwähnt, dürften allerdings die Anzeichen einer vorsichtigen Trendwende kaum Auswirkungen auf die von Malta in der EU vertretene Politik haben. Die Sozialisten an der Regierungsmacht würden lediglich nach mehr sozialer Absicherung und stärkerer Verantwortung des Staats verlangen. Ihr Parteiführer fordert eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben, sieht die Notwendigkeit eines Haushaltsausgleichs als sekundär an, will des Erziehungssystem verbessern, den sozialen Wohnungsbau verstärken und Arbeitsplätze mit staatlicher Hilfe schaffen.<sup>3</sup>

Damit unterscheiden sich die Sozialisten von heute massiv gegenüber den neunziger Jahren. Nach ihrem Erfolg bei den Wahlen von 1996 hatten sie die Beitrittsverhandlungen zunächst einmal ausgesetzt. Zur EU wollte man eine „besondere Beziehung“ entwickeln. Aus der NATO-Initiative „Partnerschaft für den Frieden“ zog man sich zurück.<sup>4</sup> Doch als die sozialistische Regierung 1998 mit diesem dezidierten Anti-EU-Kurs in den Wahlkampf zog, unterlag sie der PN. Damit konnten sich die Nationalisten als die proeuropäische Par-

---

1 Vgl. Parties and Elections in Europe, <http://www.parties-and-elections.de/malta.html>.

2 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.03.2008, S. 7.

3 Damit setzen sich die Sozialisten von Ministerpräsident Gonzi ab, der den Haushaltsausgleich zu einer seiner wichtigsten Aufgaben erklärt und öffentlich verlautbart hat, dass Arbeitsplätze in der Werftindustrie nicht länger subventioniert werden können. Bis zu 4.000 Menschen sind in der Werftindustrie beschäftigt. Die Subventionen zugunsten dieser Branche machen bis zu 35 Prozent der Staatsverschuldung aus. Vgl. Heinz-Jürgen Axt: Malta, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 2006, S. 368 und The Maltese Independent, 13.8.2008, <http://www.independent.com.mt/news.asp?newsitemid=73712>.

4 Vgl. Heinz-Jürgen Axt, Malta, Türkei, Zypern, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 1996/97, S. 401.

tei Maltas bis zum heutigen Tage etablieren. Nach der Volksabstimmung von 2003 gaben dann auch die Sozialisten ihre Fundamentalkritik an der EU auf. Maltas traditionelles Zweiparteien-System scheint noch nicht in Gefahr. Zwar haben 2008 die Grünen von der Alternativa Demokratika (AD) den prozentualen Anteil ihrer Stimmen fast verdoppeln können. Sie steigerten ihren Anteil von 0,7 Prozent (2003) auf 1,3 Prozent (2008), doch selbst wenn man alle übrigen auf Kleinstparteien vergebenen Wahlstimmen hinzuzählt, kommt man auf lediglich 1,9 Prozent aller Wähler – von einer Überwindung des Zweiparteien-Systems kann da wahrlich nicht die Rede sein. Wie immer bei Wahlen in Malta ist die Wahlbeteiligung bemerkenswert. Auch ohne Wahlpflicht gingen 2008 93,3 Prozent aller Wahlberechtigten zu den Urnen, 2003 waren es gar 96,2 Prozent. Außenminister Tonio Borg hat dafür eine einfache Erklärung: „Small is beautiful ... In einem kleinen Land haben Politiker das Ohr näher am Volk – und umgekehrt. Das soll nicht arrogant klingen, das ist einfach so. In Wahlkämpfen gehe ich von Tür zu Tür, ich kenne einen Großteil meiner Landsleute persönlich. Nichtsdestotrotz haben auch wir Extremisten an den Rändern, da ist übrigens auch Platz für EU-feindliche Parolen.“<sup>5</sup>

Die Wahlen von 2008 hatten auch deshalb besondere Bedeutung, weil sie die ersten nach dem Beitritt Maltas zur EU im Jahr 2004 waren. Offensichtlich gibt es in Malta – anders als in anderen Beitrittsländern – keine kritische Post-Beitritts-Stimmung, die der jeweiligen Regierungspartei signifikante Stimmenverluste beschert. Auch die Tatsache, dass mit der Einführung des Euro seit Anfang 2008, so wie in den übrigen Euro-Staaten Händler die Chance zu Preiserhöhungen nutzten, hat offensichtlich wenig Einfluss auf die Wahlergebnisse gehabt. Vielleicht war der Zeitabstand zwischen Einführung des Euro und den Wahlen aber auch zu kurz, um derartige Effekte hervorzurufen. Es passt zu diesem Bild, dass Malta zu den Staaten gehört, die den Vertrag über eine Verfassung Europas ratifiziert haben. Auch der Reformvertrag von Lissabon ist am 6. Februar 2008 vom Parlament ratifiziert worden.

Bezüglich des Lissabon-Vertrags gab es übrigens ähnliche Bedenken in der Bevölkerung wie in Irland. Auch Malta ist ein stark katholisch geprägtes Land, wo die EU-Gegner davor warnten, dass der Schutz des ungeborenen Lebens in der EU nicht gewährleistet sei. Freilich hat sich Malta bereits anlässlich der Volksabstimmung über den EU-Beitritt von 2003 versichern lassen, dass es beim Schutz des ungeborenen Lebens bei den strengen maltesischen Vorschriften bleibt. Auch dies war ein Beitrag dazu, dass den Sozialisten die Argumente gegen den EU-Beitritt ausgingen. Wie Außenminister Tonio Borg betont, erhofft sich Malta eine stärkere Unterstützung von Seiten der EU, wenn es um die illegale Migration geht. Rund 1.000 illegale Migranten landen jährlich in Malta, vornehmlich aus Somalia, Eritrea und Äthiopien. Ein verstärkte Kontrolle der Seegrenzen kann nach Ansicht des Außenministers ebenso helfen, wie eine innereuropäische Lastenteilung, bei der arbeitssuchende Staaten im Norden der EU sich zuerst an Staaten wie Malta wenden, um die Flüchtlinge entsprechend unterzubringen.<sup>6</sup> Freilich landen in Malta wegen der felsigen und abweisenden Küsten wesentlich weniger Bootflüchtlinge als z.B. auf der italienischen Insel Lampedusa, die auch näher an Tunesien und Libyen gelegen ist.

---

5 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.06.2008, S. 5.

6 Vgl. ebda., 30.06.2008, S. 5 und 7.3.2008, S. 6.